

Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person

Die Stasi überwachte DDR-Rückkehrer noch Jahre nach ihrer Wiederaufnahme in die DDR. In diesem Dokument berichtet die Geheimpolizei von der beruflichen Unzufriedenheit eines Rückkehrers und dessen Weigerung, an weiteren Propagandeterminen teilzunehmen.

1985 riefen SED und Stasi eine Kampagne mit ehemaligen DDR-Bürgern ins Leben, die von der Bundesrepublik in die DDR zurückkehren wollten. So druckte die Partei-Zeitung "Neues Deutschland" unter der Überschrift "Über 20.000 Ehemalige wollen zurück" Aussagen ehemaliger DDR-Bürger: Angesichts von Arbeitslosigkeit und "sozialer Kälte" im Westen würden sie lieber wieder in die DDR zurückkehren. Hatte Ost-Berlin in den 50er Jahren mit ähnlichen Kampagnen noch offensiv für die Zu- und Rückwanderung geworben, sollten nun vor allem Ausreisewillige frühzeitig umgestimmt werden. Zu diesem Zweck wurden in dem Artikel die Zahlen der Rückkehrwilligen weit übertrieben und ihre Lebenswege und Motive teilweise konstruiert. Die Kampagne war eine Reaktion auf den sprunghaft wachsenden Strom von Ausreisewilligen: 1984 hatte die SED in Zusammenhang mit dem Milliardenkredit aus der Bundesrepublik etwa 30.000 Menschen ausreisen lassen.

Bei ihrer Wiederaufnahme überprüfte die Stasi die politische Zuverlässigkeit der West-Ost-Migranten vor wie auch nach der Ankunft, entschied über die Aufnahme und bereitete die Rückkehrer auf öffentliche Auftritte und Interviews vor. Auch ein 1984 in die BRD übergesiedelter ehemaliger DDR-Bürger war unter diesen Rückkehrern.

Gut zwei Jahre nach der Entlassung des Rückkehrers aus dem Zentralen Aufnahmeheim verfaßte die zuständige Objektdienststelle des MfS diesen Auskunftsbericht, in dem sie seinen "Wiedereingliederungsprozess" erläuterte. Daraus geht hervor, dass die Stasi ihn auch noch einige Zeit nach der Ankunft in der DDR überwachte - aus Angst die Rückkehrer könnten für feindliche Geheimdienste arbeiten oder sich zu politischen "Problemfällen" entwickeln.

Zudem wollte die Stasi ihn vor den Karren der DDR-Propaganda spannen. Möglicherweise kooperierte der Naturwissenschaftler, weil er sich davon persönliche Vorteile erhoffte, wie beispielsweise beruflichen Aufstieg, den Einsatz als Reisekader oder mehr Urlaub. Andernfalls wollte er sein Arbeitsverhältnis kündigen. Dies lässt vermuten, dass die Wiederaufnahme des Rückkehrers alles andere als reibungslos lief.

Die Unzufriedenheit über seine Lage führte möglicherweise auch dazu, dass er sich nicht mehr an Propagandeterminen beteiligen wollte. Zwei bereits geplante Presseinterviews sagte er mit der Begründung ab, dass er in der Öffentlichkeit nicht als ehemaliger Häftling erscheinen wolle. Vielleicht war er aber auch nur ernüchtert über das Leben in der DDR, wie viele andere Rückkehrer auch.

Nicht selten begegneten alte Bekannte und Kollegen ihnen mit Misstrauen, im Betrieb wurden sie häufig nicht entsprechend ihrer Ausbildung eingesetzt oder ihnen der berufliche Aufstieg versagt. Aber auch die Stasi wollte den Rückkehrer nicht mehr vorzeigen - aus Sorge, er könne weitere Forderungen stellen.

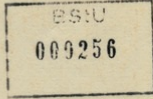
Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 256-261

Metadaten

Datum: 10.8.1988

Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person

Objektdienststelle [REDACTED], 10. 8. 1988



Auskunftsbericht
zu der im Ausnahmefall, gem. der VVS Nr. 12/85, in die DDR
zurückgekehrten Person [REDACTED]

1. Die Person [REDACTED]
geb. am [REDACTED] in [REDACTED]
Komb. VEB [REDACTED]
[REDACTED], [REDACTED] -
mit Wiederaufnahme in die DDR
organisiert: seit 1986 wieder im FDGB, DSF
Erf.-Verhältnis: AOPK "Einflug" OD [REDACTED]

wurde mit Wirkung vom 2.5.86 im begründeten Einzelfall wieder
in die DDR aufgenommen und erlangte im Ergebnis des positiv
verlaufenen Wiedereingliederungsprozesses am 15.10.86 erneut
die Staatsbürgerschaft der DDR.

2. Mit der Wiederaufnahme in die DDR erfolgte die weitere Durch-
führung der OPK "Einflug" mit der Zielstellung:

2.1. - Einleitung zielgerichteter operativer Maßnahmen zur vor-
beugenden Verhinderung evtl. feindlich-negativer Aktivitäten
und Handlungen im Auftrag von Feindorganisationen oder
Geheimdiensten

2.2. - vorbeugende Sicherung bei Wiedereingliederung im gesell-
schaftlichen Arbeitsprozeß im Kombinat VEB [REDACTED]
[REDACTED] sowie im Wohn - und Freizeitbereich

2.3. - Einleitung zielgerichteter operativer Maßnahmen zur
Überprüfung von Ehrlichkeit und der wahren Motivationen
zur Rückkehr in die DDR

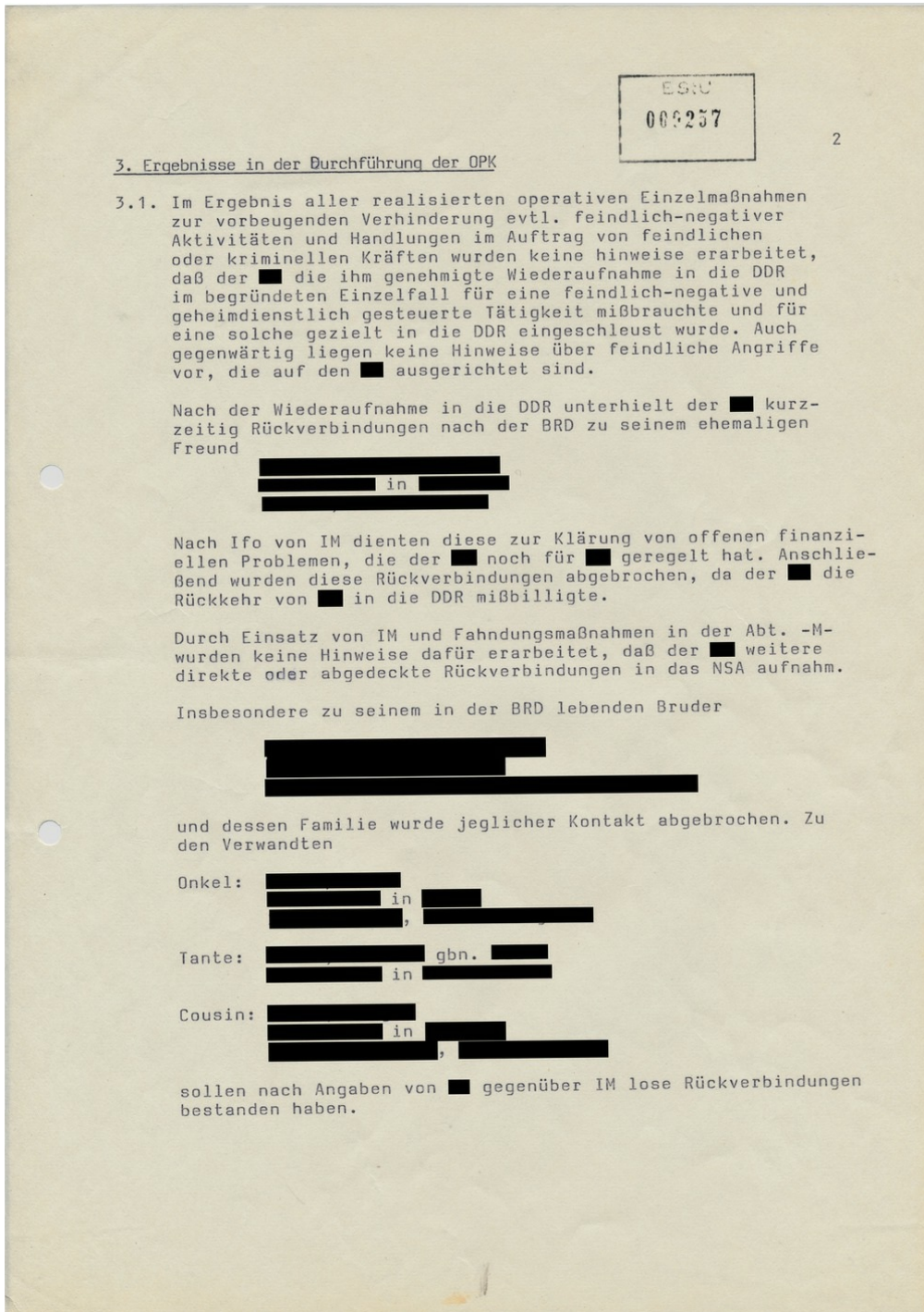
2.4. - Aufklärung der politisch-ideologischen Grundhaltung zur
sozialistischen Entwicklung in der DDR sowie seine Inte-
gration im gesamtgesellschaftlichen Prozeß

2.5. - Prüfung der Möglichkeit zur Nutzung der Person für die
Führung des zielgerichteten Rückdrängungsprozesses von
ÜE im Verantwortungsbereich.

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 256-261

Blatt 256

Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person



Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person

ESNU
000258

3

Aus der Einschätzung zu den von dem ■ unterhaltenen Verbindungen innerhalb der DDR ergeben sich aus dem bisherigen Erkenntnisstand zu diesen Personen ebenfalls keine operativ-bedeutsamen Hinweise.

Zu seinem Bruder

■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■ in ■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■

bestehen auf Grundlage familiärer Zerwürfnisse weiterhin keine engeren familiären Bindungen mehr. Die Spannungen zwischen den Brüdern erhöhten sich weiterhin, da dem ■ eine DFA zur Silberenen Hochzeit des Bruders ■■■■■■■■■■ nicht genehmigt wurde. Die familiären Spannungen wirkten sich auch aus auf den früheren Umgangskreis der OPK-Person, der gleichzeitig der Umgangskreis des Bruders ■■■■■■■■■■ ist.

Das bezieht sich besonders auf die Person

■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■

Es kann davon ausgegangen werden, daß von diesen früheren Bezugspersonen mit politisch indifferenten und negativen Grundeinstellungen kein negativer Einfluß mehr auf den ■ ausgeübt werden kann, was sich positiv auf den Wiedereingliederungsprozeß auswirkt.

Die festgestellten weiblichen Kontakt- und Verbindungspersonen haben für den ■ aus den bisherigen gewonnenen Erkenntnissen nur ■■■■■■■■■■. Personen mit operativ-bedeutsamen Merkmalen sind die ebenfalls im begründeten Einzelfall in die DDR wiederaufgenommenen

■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■

Erf.-Verh.: Abt. XII erf. für KD ■■■■■■■■■■

und

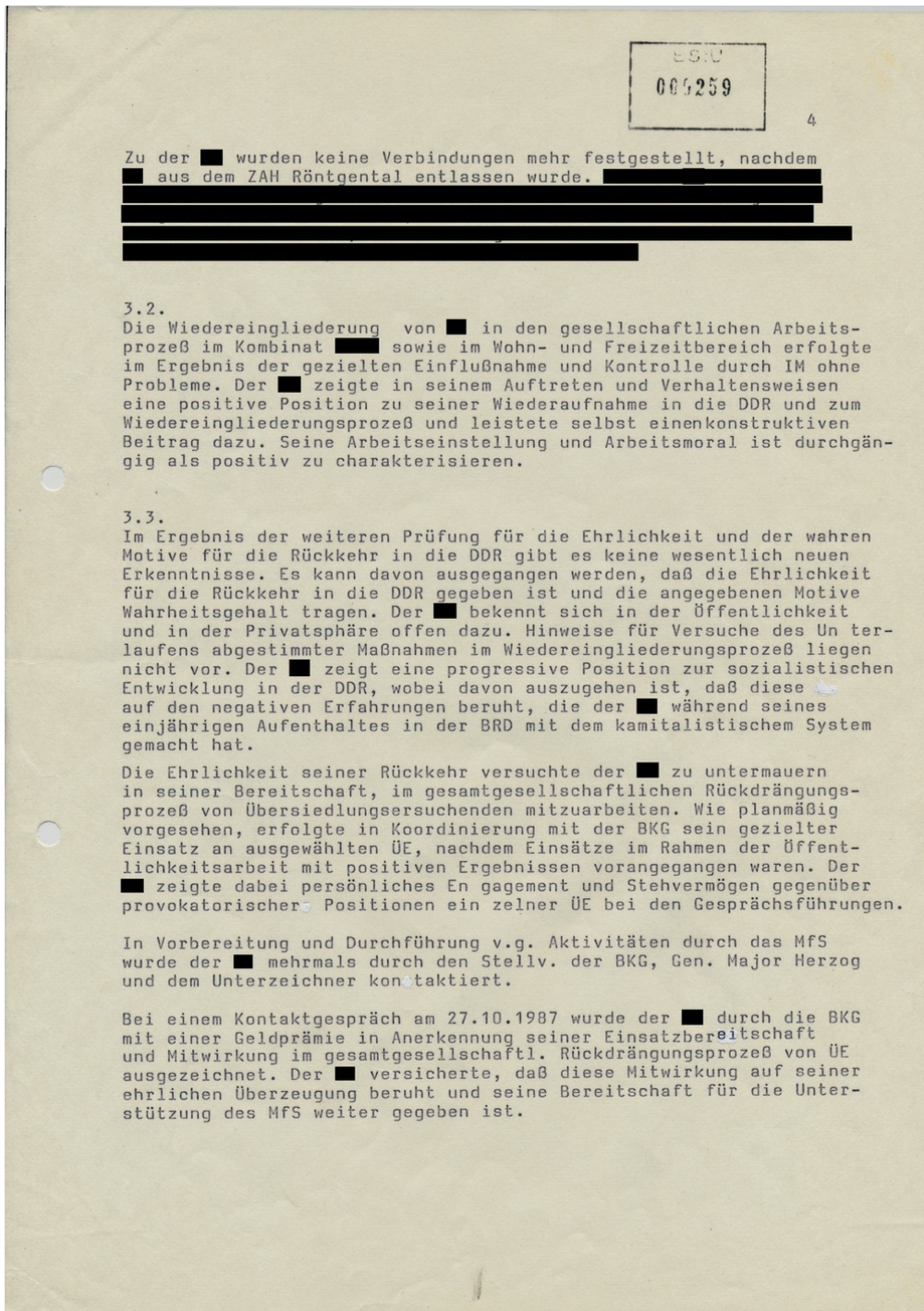
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■
■■■■■■■■■■

Erf.-Verh.: Abt. XII erf. für HV A/VI

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 256-261

Blatt 258

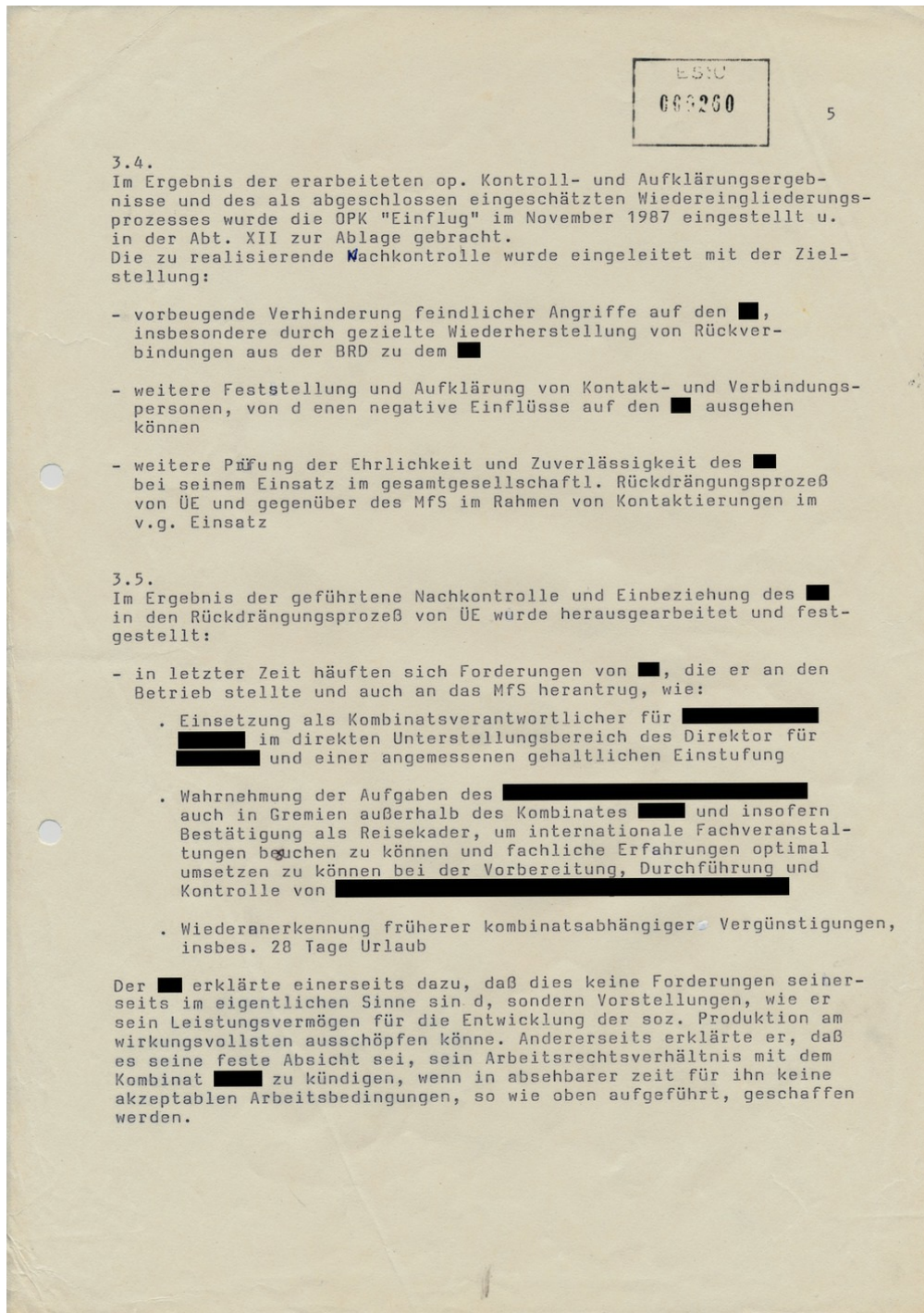
Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person



Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 256-261

Blatt 259

Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person



Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 256-261

Blatt 260

Auskunftsbericht zu einer in die DDR zurückgekehrten Person

BSU
009261

6

Durch die BKG wurde am 22.3.88 ein weiteres Kontaktgespräch mit dem ■ geführt mit der Zielstellung:

Gewinnung des ■ als Interviewpartner für Korrespondenten der „Wochenpost“ der DDR sowie für die sowjetische Zeitung „Iswestja“. Desweiteren war vorgesehen, die Erfahrungen ■ mit dem real existierenden Kapitalismus in der BRD in der „Freiheit“ publizieren zu lassen.

Bereits zu Gesprächsbeginn wurde deutlich, daß ■ keine eindeutige Position bezog. Er würde zwar zu seinem Wort stehen und hat es keinesfalls bereut, zurückgekehrt zu sein, aber er möchte aus persönlichen Gründen Abstand davon nehmen, als Interviewpartner in der „Wochenpost“ und in der „Freiheit“ zu erscheinen.

Nach den persönlichen Problem befragt, zählte er eine Reihe von Forderungen auf, die bereits in der Vergangenheit Gegenstand von Gesprächen waren, ohne einen derartigen alternativen Charakter zu tragen. Desweiteren äußerte er, daß es ihm peinlich ist, in Veröffentlichungen innerhalb der DDR als ehemaliger Strafgefangener bekannt zu werden. Das würde seinem Ansehen schaden. Der ■ wurde aufgefordert, sich schriftlich zu seinen Forderungen zu äußern. Ihm wurde eine objektive Prüfung zugesichert.

Der ■ fertigte eine schriftl. Stellungnahme, datiert v. 23.3.88, in der inhaltlich die gleichen Forderungen formuliert waren, wie er sie bereits im Betrieb gestellt hatte.

Nach Prüfung der von ■ gestellten Forderung. durch die OD ■ war durch die BKG vorgesehen, mit dem ■ ein klärendes Gespräch zu führen und über die Aufrechterhaltung des Kontaktes zu entscheiden. Diese Entscheidung liegt der OD ■ bisher nicht vor.

Da bei ■ aus egoistischen Motiven heraus weitere Forderungen nicht ausgeschlossen werden können und solche im Arbeitsbereich auf weiteres Unverständnis stoßen werden, wird seitens der OD ■ eingeschätzt, daß weitere Einsätze von ■ in der Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Rückdrängungsprozesses von ÜE unter diesen Umständen nicht mehr zweckentsprechend sind.

■ der OD ■
Ehrich
Ehrich
Oberstleutnant

Signatur: BStU, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 256-261

Blatt 261